Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Organ für die Kreise Thorn, Culm und Strasburg.

№ 142. Dienstag, den 1. Dezember. 1863.

Thorner Geschichts-Kalender.

1. Dezember 1453.	Der deutsche Kaiser erklärt den Preußischen Städtebund für nichtig.
" " 1655.	König Carl X. Gustav von Schweden verhandelt auf der Mocker mit einer Deputation des Raths wegen Uebergabe der Stadt.
2. " 1529.	König Sigismund I. von Polen kommt hieher zum Reichstage, um die Huldigung vom Hochmeister Albrecht von Brandenburg entgegen zu nehmen.
" " 1826.	Der Director der städlischen Schulen Johann Bormann stirbt.

An die geehrten Leser.

Die wohlwollende und aufmunternde Theilnahme unserer Gesinnungsgenossen hat uns bestimmt unser Blatt zu erweitern. Es wird dies geschehen durch Beilagen, deren zwei regelmäßig die Woche unserm Blatte werden beigegeben werden.

Die Tendenz unseres Blattes ist bekannt und bleibt unverändert. Unser Blatt war und ist bestimmt als Organ nach besten Kräften zu dienen, der großen liberalen Partei auf deren Fahne die Parole steht: „Königs- und Verfassungstreu!"

Um diesem freiwillig übernommenen Dienste in größerem Maaße denn bisher zu genügen, tritt die angegebene Erweiterung ein. In längeren Artikeln sollen politische vornemlich innere politische, sowie volkswirthschaftliche Fragen, den Handel, die Landwirthschaft und die Gewerbethätigkeit angehende Fragen erörtert werden.

Aber nicht nach dieser Seite allein soll uns die Erweiterung die Möglichkeit gewähren unseren Lesern dienstlich und nützlich zu werden. Viele unserer Gesinnungsgenossen in den Kreisen Thorn, Culm und Strasburg wollen so freundlich sein uns darin zu unterstützen, daß die gemeinschaftlichen, wie besonderen Interessen dieser in wirthschaftlicher Beziehung zusammengehörigen und auch noch anderweitig verbundenen Kreise in unserem Blatte einen angemessenen Ausdruck finden und so gefördert werden. Mit Rücksicht hierauf haben wir uns erlaubt dem Haupt-Titel unseres Blattes den Zusatz hinzuzufügen: „Organ für die Kreise Thorn, Culm und Strasburg."

Indem wir unseren geehrten Lesern, namentlich unseren Gesinnungsgenossen für die uns bisher geschenkte Theilnahme und Nachsicht danken, ersuchen wir sie, uns dieselben auch fernerhin zu bewahren. Beide können wir nicht entbehren zur Ausführung der uns gestellten Aufgabe. Gott mit uns!

Die Redaction.

Landtag.

Herrenhaus. Nach einer bei dem Präsidium des Herrenhauses eingegangenen Mittheilung des Ministers des Innern sind zu Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen: der Fürst von Pückler-Muskau, der Geh. Ober-Regierung rath von Kröcher auf Plutowo in Westpreußen, der Präsident z. D. Frh. Schüler v. Senden auf Natzlaff, der Geh. Regierungsrath v. Ramin auf Günnitz, der Wirkliche Geheime Gath von Le Coq in Berlin, der Oberpräsident a. D. und Kurator der Universität Halle von Beurmann in Oppin, der Freiherr von Hertefeld auf Liebenberg, der Professor Dr. Leo in Halle, der Obertribunalrath und Professor Dr. Heffter und der Ober-Tribunalrath von Caprivi. Die beiden Letzteren sind zugleich zu Kron-Syndicis bestellt worden.

Abgeordnetenhaus. Sitzung am 26. November. Die Wahl der Abgeordneten Dr. Wantrup und Romahn im Elbing-Marienburger Kreise wird ausführlich diskutirt. Die Kommission stellte den Antrag auf „Beanstandung" der Wahl, weil gegen dieselbe zahlreiche Proteste wegen Ordnungswidrigkeiten, Einschüchterungen, Drohungen nnd Gewaltthätigkeiten eingelaufen sind. Abg. Eberty stellt den Antrag die Wahl für „ungültig" zu erklären, weil nachgewiesener Maßen die Abtheilungslisten in drei Urwahlbezirken nicht drei Tage ausgelegen haben. Dies sei erwiesen durch die vorgelesene Bekanntmachung des Elbinger Landraths Parey, wonach am Nachmittage des 14. Oktober die Abtheilungslisten noch nicht vollendet waren. Es stehe hiermit aber ein anderer, viel tiefer eingreifender Umstand im Zusammenhange. In den Wahlakten befinde sich unter denselben Abtheilungslisten das Attest, daß diese Listen 3 Tage vor dem 16. ausgelegen hätten; dies sei, wie man gesehen, unrichtig. Diese Falschheit des Attestes unter drei Abtheilungslisten würde seines Dafürhaltens zur Ungültigkeitserklärung der Wahl ausreichen. Wer wolle nun aber den Attesten unter den andern Abtheilungslisten Glauben schenken? Es sei demnach die 3tägige Frist nicht gewahrt, und, wo dies geschehen sein sollte, verdienten die darüber ausgestellten Atteste keinen Glauben. Wenn nun §. 15 der Verordnung vom 30. Mai 1849 eine dreitägige Frist, nach der Bekanntmachnng, zur Anbringung von Einwendungen stelle, so setze dies natürlich voraus, daß die Listen 3 Tage ausgelegen haben. Sei den Wählern diese dreitägige Frist entzogen, so sei ihr Wahlrecht, indem ihnen die Kritik desselben beschränkt worden, verkümmert. Bei dieser Beeinträchtigung des Wahlrechks der Wähler, bei der Fehlerhaftigkeit des ganzen Wahlverfahrens, rechtfertige sich sein auf Ungültigkeit der Wahl gerichteter Antrag. — Zu diesem Antrage stellt Abg. Immermann das Amendement, sämmtliche Wahlmännerwahlen im Marienburger Kreise zu kassiren und die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, dort Neuwahlen zu veranlossen. Er begründete seinen Zusatzantrag folgendermaßen: Durch öffentliche Bekanntmachung des Landraths Parey stehe fest, daß die „Abtheilungslisten" nicht am 14., 15. und 16. Oktober ausgelegen haben. Dennoch finde sich unter drei Abtheilungslisten das Attest des Landraths Parey, welches die Auslegung derselben bescheinigt. Es sei dies also eine pflichtwidrig unrichtige Attestirung. Für ihn stehe danach fest, daß auch die übrigen, von dem Landrath Parey ausgestellten Atteste keinen Glauben verdienten (Hört! Hört!). Es befänden sich nun aber aus 43 Urwahlbezirken Atteste bei den Akten, die von dem Landrath Parey ausgestellt seien. Er sei der Meinung, daß der Glaube auch dieser aufgehoben sei und daß mithin von 45 Urwahlbezirken nicht feststehe, daß dort die Abtheilungslisten die gesetzliche Zeit hindurch ausgelegen hätten. Inwiefern das Verfahren des Landraths Parey gegen das Strafgesetzbuch verstoße, könne hier unerörtert bleiben. Die Abtheilungslisten aber seien gerade die letzte Basis des Wahlrechts; von ihrer Richtigkeit hänge die aktive und passive Wählbarkeit ab. — Er habe sich bereits in der Abtheilung für Ungültigkeit dieser Wahlen ausgesprochen und nur, weil von anderer Seite geltend gemacht worden, daß es zweckmäßiger sei, noch die vielen anderen Unregelmäßigkeiten durch Zeugenvernehmung festzustellen, dem Antrage auf Beanstandung schließlich zugestimmt. Diese Zweckmäßigkeitsgründe müßten aber, wie er sich überzeugt habe, hinter anderen souveränen Gründen zurückstehen. Der eine sei, daß eine Wahl in demselben Augenblicke für ungültig erklärt werden muß, in welchem das Haus die Ueberzeugung von der Ungültigkeit derselben gewonnen habe: es sei dies im Interesse des Hauses durchaus nothwendig; die Vertagung der Ungültigkeit verstoße aber auch gegen die Interessen des Wahlkreises, der darum auf mehrere Wochen hinaus keinen legitimirten Vertreter hätte. Allerdings würden durch eine sofortige Ungültigkeits-Erklärung die übrigen Unregelmäßigkeiten der Kontrolle des Hauses entzogen, aber die beantragte Untersuchungs-Kommission könne dieselben ja immer noch zu ihrer Kognition ziehen. — Bei der Abstimmung werden beide Anträge angenommen, mit der Wahl der Herren Dr. Wantrup und Romahn für ungültig erklärt.

Der Justizausschuß des Abgeordnetenhauses hat am 27. d. M. beschlossen, die einstweilige Freilassung des Hrn. von Sulerzycki zu befürworten, nicht aber die der beiden anderen Verhafteten, Dr. von Niegolewski und Dr. Szumann.

Sitzung am 28. Schlußberathung über den Schulze'schen Antrag, betreffend die Einsetzuug einer Kommission zur Feststellung der die ungesetzliche Wahlbeeinflussung betreffenden Thatsachen. Abg. Aßmann motivirte als Referent den bereits mitgetheilten Antrag, über welchen Referent und Korreferent sich geeinigt. Er beleuchtet zunächst die Stellung des Antrages zu Art. 82 der Verfassung und wies dann kurz die Nothwendigkeit des Antrages nach, der nicht etwa im Interesse der liberalen Partei, sondern im Interesse des Landes liege, dem an der Moralität seines Beamtenthums dringend gelegen sein müsse. Er schildert den Eindruck, den die Wahlerlasse im Lande gemacht haben; es werde sich durch die Untersuchung zeigen, wie weit der Erlaß des Ministers des Innern mißverstanden sei: sei das Mißverständniß ein ausgedehntes, so möge der Minister lernen, daß man nicht blos rasch, sondern auch gründlich arbeiten und verständlich schreiben müsse; erweise sich, daß Mißverständnisse nur vereinzelt vorgekommen, so werde ja die Regierung gerechtfertigt und die im Lande herrschende Aufregung werde sich legen. v. Forckenbeck als Korreferent fügt einige Worte zur Motivirung des Antrages hinzu und legt namentlich die Kompetenz dar, welche die Kommission durch die von dem Referenten vorgeschlagenen Abänderungen des ursprünglichen Antrages empfängt. Die Thatsachen, um welche es sich handelt, dehnen sich über die ganze Monarchie ans, mit Ausnahme etwa der Rheinprovinz. (Widerspruch.) Redner theilt eine Verfügung des Vicepräsidenten des ostpreußischen Tribunals mit, wonach die diätarisch beschäftigten Beamten, welche im Sinne der Fortschrittspartei gewählt haben, entlassen werden sollen, ferner eine Verfügung desselben Präsidiums, wonach die Stadtgerichtdirektoren über die Stimmabgabe der Subalternen berichten sollen, namentlich um zu wissen, ob dieselben nicht vorkommenden Falls etwaiger Gratifikationen, Remunerationen und Unterstützungen unwerth seien. Es liegen überhaupt mehrere Entlassungen von Subaltern-Beamten, nicht wegen ihrer Agitation, sondern lediglich wegen ihrer Stimmenabgabe vor. Die Thatsachen zeigen, daß an die Wurzel unserer Existenz, die Wahlfreiheit, die Axt gelegt ist. Ist das der Fall, so müssen wir jedes Mittel ergreifen, welches dem entgegenwirkt und unter diesen ist die Untersuchungskommission ein sehr wirksames. An der Debatte betheiligte sich Graf Schwerin gegen den Antrag, weil die Kommission nicht mehr werde konstatiren können, als bei den Wahlprüfungen bereits im Hause festgestellt sei: Man müsse schon jetzt wissen, was man thun werde, wenn die Kommission die Thatsachen festgestellt habe. Man könne aber nicht mehr thun, als die Ueberzeugung des Hauses ausspreche, daß die Wahlen ungesetzmäßig beeinflußt seien. Diese Ueberzeugung könne man schon jetzt aussprechen; ein praktisches Re-

sultat werde der Antrag also nicht haben, dagegen deu gegenwärtigen Konflikt verschärfen. 1855, als Redner einen gleichen Antrag stellte, lagen die Verhältnisse anders, er befand sich in der Minorität und hatte nicht das Mittel, wie die gegenwärtige Majorität, Wahlen bei denen eine ungerechtfertigte Beeinflussung konstatirt wird, zu kassiren. Abg. Wachler: das Materialt, welches das Haus besitze, sei noch keineswegs ausreichend, um ein allgemeines Urtheil zu fällen; es sei noch nicht der Zusammenhang der einzelnen bekannt gewordenen Thatsachen, noch nicht das System der Wahlmaßregeln klargelegt, Redner erklärt sich schließlich gegen den Senffschen Antrag. Abg. von Blankenburg: er und seine Freunde werde nicht nur gegen den Antrag stimmen, sondern sich auch der Wahlen zur Kommission enthalten. Eine Beeinflussung zu üben liege in der Pflicht der Regierung, und die Lage, in welcher die Regierung durch Schuld der liberalen Minister das Land gefunden, habe es dringend nothwendig gemacht, zur Klärung der durch die Schwerin'schen Wahlerlasse verwirrten Parteien zu wirken. Redner entwickelt ausführlich seine Ansicht über die Stellung der Beamten zu den Wahlen. Eine Regierung, die durch Stände in der Gesetzgebung beschränkt sei, könne nicht regieren, wenn sie in der Ausführung der Gesetze durch die Selbstständigkeit der Beamten beschränkt werde. Innerhalb der gesetzlichen Schranken habe die Regierung sich gehalten. Erst wenn die Ordnung im Lande wieder hergestellt sei, könne man über die Grenzen der Befugniß der Regierung in dieser Beziehung diskutiren. Virchow für den Antrag. (Seine Rede später.)

Minister des Innern: Der Wahlaß enthalte keinen Grundsatz, den nicht jede Regierung nach ihm auch aufstellen müsse, wenn nicht eine Partei an's Ruder komme, die ein Unglück für Preußen sein würde. Weshalb das Haus noch durch Feststellung von Thatsachen ein Urtheil begründen wolle, welches es heute bereits ausspreche? Der Artikel 82 spreche nicht vom Sammeln, sondern nur vom Feststellen von Thatsachen. Es würden bedenkliche Kollisionen zwischen der Kommission und den Verwaltungsbehörden eintreten. In Belgien habe man für einen solchen Fall ein Spezialgesetz erlassen. Es sei nicht anders möglich, als daß die Kommission mit Justiz- und Verwaltungsbehörden in Konflikte gerathe, die in konstitutionellen Staaten nicht wünschenswerth seien, und man werde wohl nicht erwarten, daß die Regierung einer solchen Kommission ein besonderes Entgegenkommen beweisen werdi. Er fürchte nicht Aufregung im Lande, er fürchte, daß das Ansehen dieses Hauses leiden werde, wenn seine Kommission als Denunziationsbüreau im Lande umherreise und schließlich Alles beim Alten bleibe. Reichensperger (gegen den Antrag.) Es folgen noch Becker (Dortmund) für den Antrag, v. d. Heydt gegen denselben; letzterer macht einen Unterschied zwischen „Untersuchung von Thatsachen" und „Ermittelung von Thatsachen", und bezweifelt, ob der Antrag verfassungsmäßig; glaubt, daß durch Vernehmung von Beamten in die Exekutive eingegriffen werde. Seine Stellung zur Regierung sei die, daß er die Regierung auf alle verfassungsmäßige Weise unterstütze, übrigens unabhängig tadle, was er zu tadeln finde. Er habe sich den Konservativen, trotz einzelner Differenzen angeschlossen, weil er in der Hauptsache mit ihnen stimme.

Die Debatte wird geschlossen und nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Graf Schwerin, Wagener, Blankenburg erhält der Abg. Schulze (Berlin) als Antragsteller das Wort. Derselbe beleuchtet in ausführlicher Rede die Stellung der Regierung zu den Wahlen, namentlich die Verfassungsmäßigkeit des Systems der aufeinander folgenden Auflösungen, die Gegenüberstellung von Verfassungstreuen und Königstreuen. Die Wahlbeeinflussungen rechnen auf alles Niedrige und Gemeine im Menschen und auf einer solchen Grundlage baut man ein System! Fürchtet man nicht den furchtbaren Haß derjenigen, die sich von selbst erniedrigt fühlen? Eine gewisse Schule will die Magenfrage ꝛc. zur Hauptfrage machen. Behüte uns Gott, daß durch dieses System nicht die Magenfrage zur Kardinalfrage in unserm Lande gemacht werde! Der Minister berufe sich in den Fällen, wo den Beamten das Wahlrecht geradezu genommen ist, auf Mißverständniß. So lange die betreffenden Beamten nicht bestraft werden, kann ich den Minister von der Kooperation nicht freisprechen. Sollen die Beamten nicht frei wählen, so lasse man sie doch gar nicht wählen.

Der Antrag ist mit sehr großer Majorität (gegen die Konservativen, die Altliberalen und einen Theil des Centrums) angenommen.

Der Abgeordnete Waldeck und Genossen haben folgenden besonderen Antrag in der schleswig-holsteinischen Sache eingebracht: „In Erwägung, daß die Trennung der Personal-Union zwischen Dänemark und den Herzogthümern Schleswig und Holstein etn deutsches und preußisches Interesse ist; daß der Herzog von Sondenburg-Glücksburg, welcher unter dem Namen Christian IX. den dänischen Thron bestiegen hat, nach der Successiions-Ordnung zur jetzigen Nachfolge in die Herzogthümer nicht berufen ist, auch ein Recht auf die Regierung dieses Landes und Volkes durch die Annerkennung auswärtiger Mächte im Londoner Protokolle vom 8. Mai 1852 nicht erlangen konnte, für Preußen übrigens diese bedingt geschehene Anerkennung nicht verbindlich ist; daß aber das preußischr Abgeordnetenhaus unter den gegenwärtig obwaltenden inneren Verhältnissen Preußens sich nicht bewogen finden kann, weitere Erklärungen über den positiven Gang der preußischen Politik in dieser Angelegenheit abzugeben; beschränkt sich das Haus der Abgeordneten auf die Erklärung: „Es liegt im Interesse Deutschlands und Preußens, daß der Herzog von Holstein-Sonderburg-Glücksburg, welcher unter dem Namen Christian IX. den dänischen Thron bestiegen hat, nicht als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werde." Dieser Antrag hatte gestern einige dreißig Unterschrifeen aus der Fraction der deutschen Fortschrittspartei (Löwe-Bielefeld, Pflücker, Temme, Laßwitz, Dr. Becker, Jung, Riel, Melien, Roepell, Prinze-Smith, v. Saucken-Tarputschen und Andere.)

Nach dem Antragsteller Abg. Schulze ergriff der Minister des Innern noch einmal das Wort. Er sagte: Auf die Gefahr hin, die Debatte noch einige Zeit zu verlängern, muß ich mir noch eine Erwiderung erlauben. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Rede des Vorredner großen Eindruck zu machen fähig ist. Diese Art von Volksrednerthum, welche sich selbst in Extase setzt und welche unbewiesene Sätze als bewiesene in die Welt schleudert, wird hier im Hause keinen Eindruck machen, wohl aber im Volke. Deshalb meine Herren lassen Sie diese Rede in 100,000 Exemplaren im Lande vertheilen, dann haben Sie erreicht, was Sie mit der Kommission erreichen wollen und beschließen Sie keine Kommission (Unruhe und Heiterkeit). Die Petition des Wahlmanns Spiller wurde sodann der Regierung zur Abhülfe überwiesen. ein Amendement von Virchow, sie für begründet zu erklären, wurde abgelehnt. Den Schluß der Sitzung bildeten Wahlprüfungen, die mehrfach zu Debatten Anlaß gaben.

Zur schleswig-Holsteinischen Frage. Es ist unzweifelhaft, daß der Bundestag morgen den sofortigen Eintritt der Bundesexecution beschließen wird. Wenn der Bundestag aber dabei die Erbfolgefrage ganz außer Acht läßt und vertagt, so ist damit nichts gewonnen, im Gegentheil liegt in der Exekution schon eine indirecte Anerkennung des Königs von Dänemark. — Die Hauptfrage, die vor Allem entschieden werden muß ist diejenige über das Londoner Protocoll. Wenn Preußen und Oesterreich dasselbe auch heute noch acceptiren, so steht dies mit derjenigen Lösung, die das deutsche Volk will, im Widerspruch. — Während die „Nordd. Allg. Ztg." noch immer nicht mit der Sprache heraus will, nimmt die „Kreuzztg." täglich fester denjenigen Standpunkt der den Antecedentien entspricht. Sie will Bundesexecution Die Erbfrage soll der Bund dann „auf irgend einem gerichtlichen Wege vornehmen!!" „In einen hineinrennen, weil Herr Grabow kurzab die Erbfolgefrage entschieden hat, das ist doch mehr als unbedenklich." So „bleibt Preußen frei von der unsaubern Gemeinschaft mit der Revolution, die sich dieser Sache für ihre Zwecke bemächtigen will." Den Bestrebungen des Nationalvereins gegenüber erklärt es die „Kreuzztg." für „die entschiedenste Pflicht der Regierung, sich von solchem Getreibe für vevolutionäre Zwecke nicht drängen zu lassen." — Das ist klar und verständlich. Wir wundern uns über diese Sprache nicht. Wir haben uns von vornherein über die Politik dieser Partei und ihren eigentlichen Absichten mit Schleswig-Holstein keinerlei Illustonen hingegeben. Und von solcher Politik erwartet man die Lösung dieser großen nationalen Sache? — Unter den holsteinischen Geistlichkeit ist die Eidesweigerung allgemein; dem Vernehmen nach lehnt auch der Bischof den Eid ab. — Von den Mitgliedern des höchsten Gerichts weigert sich die Hälfte; der Präsident will deswegen einen Gerichtsstillstand eintreten lassen. — Im „Constitutionel" vom 27. läßt sich Bonifac über die Frage der schleswig-holsteinischen Herzogthümer aus und giebt sein Erstaunen kund, das die englischen Zeitungen die Mächte zu einem Kriege zu Gunsten Dänemarks engagiren wollen. Ohne Zweifel verbinden alte Sympathien Frankreich mit Dänemark, allein Deutschland hat auch ein Recht auf unsere Sympathien. Die Achtung vor dem Willen der Völker und dem Recht der Nationalität muß gleichmäßig Einfluß haben auf die Entscheidung in unsern Entschlüssen. Der Mangel eines allgemeinen Einverständnisses ist bedauerlich. Die Uebereinstimmung der Großmächte genüge nicht, um eine Lösung der dänischen Streitfrage zu sichern, es würde logisch gewesen sein, sie dem gesammten Europa zu unterbreiten. — In Kiel sind am 24. November die beiden dänischen Panzerschoner „Esbern Snare" und „Absalon" eingetroffen." — Das Bureau des schleswig-holsteinischen Vereins war am 25. in Hamburg eröffnet worden. Es fanden sich bereits eine Menge von jungen Leuten ein, die sich bereit erklärten, beim ersten Ruf der an sie ergehen würde in eine „Freiwilligen" einzutreten. Einige derselben, die in der dänischen Armee dienen, aber bis jetzt beurlaubt waren, zeigten einen Einberufungsbefehl vor, der sie auf den 1. Dezember nach Copenhagen beruft, welchem Befehl sie jedoch keine Folge zu geben entschlossen sind Am 27. hat die Polizei das Werbebureau geschlossen.

In Gießen ist die Bildung einer Freischaar im Werke und hat die Burschenschaft „Germania" in corpore ihren Beitritt zugesagt. — In Bordesholm haben sämmtliche Bauervögte des Amtes sich geweigert, dem König Christian durch Handschlag zu huldigen und sofort ihre Entlassung genommen. — In Pinneberg sind die drei Secretäre der Landdrostei, welche auf die Anfrage; ob sie den Homagial-Eid leisten würden, wenn sie in der Lage wären, denselben ableisten zu müssen sich verneinend ausgesprochen haben. entlassen worden. — In Hannover ist gutem Vernehmen nach so eben vom Kriegsministerium Ordre ertheilt worden, einige Hundert Trainpferde anzukaufen. Auch nach anderen Anzeichen zu urtheilen, scheint man in den Regierungskreisen sich auch die Eventualität eines Krieges ernstlich gefaßt zu machen. — Die in London lebenden national gesinnten Deutschen hielten am Montag ein Meeting über über die schleswig-holsteinische Frage unter dem Vorsitz von Gottfried Kinkel. Nachdem Carl Blind eine mit großem Beifall aufgenommene Rede gehalten, in der er empfahl, den Legitimitätspunkt als offene Frage zu betrachten, wurde ein Comité von zwölf Mitglieder unter ihnen Kinkel, Blind, Freiligrath, eingesetzt, um ein allgemeines deutsches Meeting vorzu bereiten, welches nächsten Sonnabend in der London Tavern stattfinden soll. — Dem Vernehmen nach ist eine Erklärung des englischen Cabinets an die deutschen Großmächte abgegangen, dahin lautend, England werde entschieden für die Aufrechthaltung des Londoner Protokolls eintreten, und habe Dänemark Beistand durch die britische Flotte zugesichert, wenn Deutschland einen Kriegsfall herbeiführen werde.

Diese Erklärung ist ohne Zweifel eine Frucht der bisherigen Politik der deutschen Großmächte. Mit dem Starken anzubinden, ist seit lange nicht mehr Englands Sache gewesen. Bei der Abtretung Savoyens hat es sich mit dem lahmsten Proteste begnügt und eben so hat es in der polnischen Sache sich nur engagirt, um den schimpflichsten Rückzug anzutreten. Wo es dagegen die Zwietracht und schwäche sich gegenüber sieht, da pflegt Lord Palmerston sofort die stärksten Trümpfe auszuspielen. Von Oesterreich möchten wir voraussetzen, daß es bei dieser englischen Demonstration geradezu die Hand im Spiel hat. Der Anstand erlaubt ihm nicht, direkt für die Sache der dänischen Gesammtstaates einzutreten, wie es mit offenem Verrathe an der Nationalsache 1850 gethan. Dieser Gesammtstaat als ein Ebenbild des österreichischen Staatsmänner, deren Erbschaft Graf Rechberg übernommen hat. Was Preußen betrifft, so hegt die englische Regierung wohl von vorn herein nicht die Befürchtung, daß Herr von Bismarck geneigt sei, den „Kriegsfall" herbeizuführen. Die englische Kundgebung ist in keiner Weise durch das Aufreten der beiden deutschen Großstaaten provocirt. Sie ist einfach eine dem deutschen Nationalgefühl zugeschleuderte Herausforderung, ein brutaler Einschüchterungsversuch, wie unser „natürlicher Alliirter" sie liebt, wenn die Volksrechte, für

welche er sonst gern leere Worte aufwendet, einmal mit seinem nationalen Egoismus in Konflikt gerathen. Es ist unter solchen Umständen um so dringender geboten, daß das preußische Abgeordnetenhaus wenigstens eine einmüthige Haltung annehme und durch Differenzen, welche der Politik der gegenwärtigen Regierung gegenüber ohne praktische Bedeutung sind, nicht den Eindruck der Zersplitterung verstärke, welchen Deutschland auch in diesem kritischen Augenblicke dem Auslande auf's Neue bietet.

Wie der Nat. Ztg. aus Frankfurt a. M. mitgetheilt wird, ist dort am 27. d. eine Depesche des Grafen Russell an den britischen Gesandten Alexander Malet in der schleswig-holsteinischen Frage eingetroffen und zur Kenntniß des Baron Kübeck so wie mehrere Bundestagsgesandten gebracht worden. — Dieselbe ist dom 24. November datirt. — Zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen für die schleswig-holsteinischen Sache in der Privatbank zu Gotha eine schleswig-holsteinische Hauptkasse errichtet worden, denen Einnahmen für Landeszwecke, vornehmlich militärische Zwecke, verwendet werden sollen. Diese Kasse wird unter Verantwortlichkeit verwaltet und findet seiner Zeit öffenliche Rechnungsablegung statt.

Lokales.

— **Personalia**. Die Herren Oberbürgermeister Körner und Kaufm. Adolph sind heute (d. 1. Decbr.) nach Posen zu einer Vers. des Comitees für die Eisenbahn Posen-Thorn abgereist.

— **Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung** v. 28. Nvbr. — Vorsitzender Hr. Kroll, Schriftführer Hr. E. Schwartz, im Ganzen anwesend 30. Mitglieder. — Vom Magistrate die Herren: Oberbürgermeister Körner, Stadtrath Rosenow und Baurath Kaumann.

Vor der Tagesordnung theilt der Herr Magistrats-Dirigent mit, daß der Herr Oberpräsident die Wahlen zum Provinziallandtag wegen eines Formfehlers kassirt habe, und soll die Neuwahl am 16. d. Mts. statt haben. Herr Gen.-Maj. a. D. v. Prittwitz wünscht über die Verfassungsmäßigkeit der Wahlen eine besondere Berathung seitens der Stadtverordneten. Der Vorsitzende wird dem Ersuchen Folge geben. — Auf der Tagesordnung steht zuerst ein Antrag der Herren Dr. Prowe und Genossen, welcher zu der außerordentlichen Sitzung veranlaßt hatte. Antragsteller hatten nemlich gehörl, daß der Magistrat beschlossen habe, daß mit Uebergabe der neuen Brücke an den öffentlichen Verkehr die frühere freie Passage über dieselbe für die Bewohner der Stadt aufhören solle. Durch jenen Antrag sollte ein einseitiges Vorgehen in dieser Angelegenheit beseitigt werden. Derselbe führte aber auch folgerichtig zu einer Debatte über die Frage: ist es nothwendig, gerecht und billig die freie Passage den Bezeichneten nunmehr zu entziehen, oder nicht? — Die Frage wurde in der zweistündigen Debatte nach allen Seiten hin erörtert. Für unbedingte Aufrechthaltung des Vorrechts der freien Passage sprachen: der Herr Antragsteller, dieser im Interesse der ärmeren arbeitenden Klassen, Herr Tetzlaff, Herr Orth, welcher der Ansicht war, daß der Verkehr auf der Brücke, z. B. der der Rollfuhrwerke, so frequent sein werde, daß denselben die Zinsen und die Amortisation des in der Brücke angelegten Baukapitals decken werde, also den jährlichen Einnahmen von 2—3000 Thlr., welche die Bevölkerung Thorns an Brückengeld zahlen würde, entbehrt werden könne, und Hr. v. Prittwitz, welcher gestützt auf Bestimmungen des Allg. Landr. und den § 53 der Sdt.-Ord. den Fortfall des Vorrechts einmal für eine Tariferhöhung, — eine Ansicht, die auch von anderen Mitgliedern der Vers. ausgesprochen wurde — und dann für eine neue, der städtischen Bevölkerung aufgelegte Steuer erachtete und könnten daher die städtischen Behörden nicht für sich, sondern nur mit Zustimmung der Kgl. Regierung anordnen, daß Thorn's Bewohner wieder Brückengeld zahlen müßten. Vom Rechtsstandpunkte führte Herr Dr. Prowe an, daß die städtischen Behörden nicht das Recht hätten irgend eine Aenderung in dem Allerhöchst genehmigten Tarife vorzunehmen. Der Tarif bleibt in allen seinen Bestimmungen solange in Kraft, bis die Aufsichtsbehörde die Genehmigung zu irgend einer Abänderung ertheilt habe. Sonach stehe es auch nicht in der Gewalt der städt. Behörden selbst durch einstimmigen Beschluß einen Brückenzoll den Bewohnern unserer Stadt nur für einen Tag aufzuerlegen. Herr Dr. Bergenroth war der Ansicht, daß die Bewohner der Stadt Brückengeld zahlen sollten, aber nur erst dann, wenn es sich herausstelle, daß die Einnahmen aus dieser Quelle zur Verzinsung und Amortisation des Baukapitals nothwendig wäre. Eine solche Ermittelung könnte schon in sechs Wochen, also bis zum 15. Januar zur Information der Vers. festgestellt sein und bis dahin möchte es bei der freien Passage verbleiben. Für die Abschaffung des beregten Vorrechts sprachen vornemlich die Herren: Oberbürgermeister, Dr. Passow, Adolph. Von dieser Seite wurde angeführt, daß die Nothwendigkeit des Aufhörens gedachten Vorrechts schon damals anerkannt wurde, als die Behörden den Beschluß faßten, die Brücke wiederherzustellen. Auch die Brückenbau-Deputation hat erst kürzlich diese Nothwendigkeit ausgesprochen, ebenso der Magistrat durch einen einstimmigen Beschluß. Bei guter finanzieller Lage der Brückenkasse haben einst (1828) die städtischen Behörden das Vorrecht der freien Passage über die Brücke für die Bewohner der Stadt beantragt und ist dasselbe seit 1831 ausgeübt. Die Rücksicht auf den städtischen Haushalt gestattet heute das Festhalten dieses Vorrechts nicht mehr. Die Brücke kostet 120,000 Thlr. wahrscheinlich mehr. Zur Verzinsung eines Wasserbauwerks, wie die Brücke, müssen 10 Proz. in Anschlag gebracht werden, hiezu kommt noch der Prozentsatz zur Amortisation und zur Deckung der Verwaltungskosten. Die zu erwartende Einnahme von der Brücke kann annähernd richtig nur nach der Einnahme von der Pontonbrücke berechnet werden. Die Freuqenz über dieselbe ergab täglich u. im Durchschnitt 40Thlr. Ein solcher Ertrag deckt die Verzinsung und die Amortisation des angelegten Baukapitals, sowie die Verwaltungskosten nicht. Der nothwendige Zuschuß muß daher durch eine Kommunalsteuer gedeckt werden. Dagegen ist aber anzuführen, daß es gerecht und billig ist, daß derjenige städtische Bewohner, welcher die Brücke benutzt, zur Deckung des Zuschusses durch Zahlung des Brückengeldes beiträgt. Opportun ist es, das Vorrecht sofort bei Uebergabe der Brücke aufhören zu lassen, nicht aber nach einer Frist, Letzteres würde nur eine Misstimmung verursachen. Durch das Aufhören des Vorrechts der freien Passage über die Brücke für die städtische Bewohnerschaft nach Beschluß der städtischen Behörden tritt im Tarif keine ungesetzliche Aenderung, resp. keine Erhöhung ein, noch wird mit demselben den Bewohnern eine neue Steuer aufgelegt, sondern der Beschluß, welcher der Kgl. Regierung zur Kenntnißnahme mitgetheilt werden muß, sagt einfach, die Bewohner Thorns verzichten durch ihre Vertreter einfach im Interesse des städtischen Haushalts auf die freie Passage von dem Tage der Uebergabe an. Die Herren Adolph und Danielowski wiesen auf die Nothwendigkeit einer Revision des Tarifs hin. Auch wurde mehrseitig auf eine billige Berücksichtigung der armen arbeitenden Klassen, sowie der zur Stadt gehörigen Bewohner des Bahnhofs Thorn hingewiesen. Bei der Abstimmung erklärte sich die Vers. mit 19 gegen 11 Stimmen dafür, daß für jetzt, vom Tage der Uebergabe der neuen Brücke an den Verkehr, vom 30. Nvbr. ab bis auf Weiteres auf das Vorrecht der städtischen Bevölkerung Verzicht geleistet werden soll. Alle Zusatzanträge wurden abgelehnt. — Auf Antrag des Magistrats beschließt die Vers., daß die Gebrüder Lippmann, welche zu allen ankommenden und abgehenden Eisenbahnzügen einen vierspännigen Omnibus zu schicken sich verpflichtet haben, über die Brücke für 15 Thlr. monatlich mit dem Omnibus fahren dürfen,

— **Die Brücke** wurde laut Bekanntmachung des Magistrats am Montag d. 30. Nov. um 9 Uhr Vorm. dem Verkehr übergeben Beim durchlassen eines Kahns wurde an der Klappe ein Bolzen beschädigt und dadurch die Passage über die Brücke kurz nach der Uebergabe gestört. Möge das kein böseä Omen sein.

— **Musikalisches**. Am Sonnabend d. 28. Novbr. feierte der Singverein im Schützenhaussaale sein Stiftungsfest durch ein Gesangs-Concert und einen Ball.

— **Auf der Freischulzerei Papau**, dem Herrn v. Valtier zugehörig, ist am Sonntag, d. 29. Nvbr., Abends ein grosser Stall niedergebrannt.

— **Aus Polen**. Auf dem Bahnhofe Alexandrowo ereignete sich folgender komischer Vorfall. Dort traf nemlich am Sonnabend d. 28. ein junger Berliner ein, wahrscheinlich von der espèce des aus das Versprechen hinter dem Heerde bekannten Herrn v. Stritzow. Er war elegant gekleidet und mit einer Paßkarte versehen. Bei der Revision fand man be. ihm eine kleine Schießwaffe, Pulver und Blei. Er wurde in Folge dessen verhaftet und eine Reise nach der Warschauer Citadelle stand in Aussicht. Befragt, was er in Polen wolle. erwiderte der junge Abenteurer übernaiv, er hätte sich die Insurrektion ein Bishen in der Nähe besehen wollen und zu seiner Sicherheit sich mit dem obengenannten, verpönten Gegenständen versehen. Wahrscheinlich wollte er auch von einem Insurgenten ein Andenken für eine angebetete Sylphide des Orpheum erbitten oder eintauschen; — doch das gestand er nicht ein. Einige diesseitge und jenseitige Geschäftsleute machten in Folge der Antwort dem russischen Officier auf dem Bahnhofe bemerklich, daß es in dem Oberstübchen des Verhafteten nicht ganz richtig sein müsse. Der Officier ließ das gelten und den naiven Abenteurer sofort mit Kosaken über die Grenze nach Preußen befördern.

— **Sanitäts-Commission**. Wie man hört so wird Seitens des Magistrates beabsichtigt eine Commission zu berufen, um über diejenigen Maasregeln zu berathen, welche erforderlich sind den Mängeln in sanitätspolizeilicher Hinsicht abzuhelfen, die sich in unserer Stadt herausgestellt haben. Wir können diesen Entschluß nur freudig begrüßen und nicht umhin darauf aufmerksam zu machen, daß einer der größten Uebelstände in dieser Beziehung die Bache ist, welche die Stadt — durchfließt, d. h. wie man so gewöhnlich sagt, in Wahrheit aber zur Zeit ein trockener Graben und ein Reservoir für allen nur möglichen Unrath ist. Wäre hier, wie in früheren Zeiten fließendes Wasser, so würde der Unrath fortgeführt, jetzt aber, wo sich Massen desselben anhäufen, verbreiten sie eine Luft, die ganz dazu angethan ist, ein höchst schädliches Miasma zu erzeugen und den schlimmsten Krankheiten Nahrung zn geben. Im Interesse des Gesundheitszustandes unserer Stadt müssen wir die Vertreter derselben dringend angehen, hier so schleunig wie möglich eine Besserung eintreten zu lassen.

— **Omnibus**. Wir freuen uns, mittheilen zu können, daß der hiesige Kaufmann Hr. Lipmann schon in seit Montag eine Omnibus-Verbindung zwischen der Stadt und dem Bahnhofe in's Leben gerufen hat. Der auf 12 Personen eingerichtete, elegante Wagen wird fortdauernd zwischen dem altst. Markt und dem Bahnhof coursiren, sowie sich hauptsachlich nach den ankommenden und abgehenden Zügen richten. Jedenfalls hat ein derartiges Fuhrwerk die besten Aussichten auf lohnenden Betrieb und in dieser Beziehung Vorzüge vor Droschken, womit nicht gesagt sein soll, daß diese, bei dem überaus mangelhaften Zustände des öffentlichen Fuhrwesens in unserer Stadt, nicht auch nothwendig sein werden. Für die Entwickelung unserer Handels- und Verkehrs-Verhältnisse liegen die Aussichten so überaus günstig, daß wir uns den besten Hoffnungen hingeben können und der Meinung sind, es werden Kapitalien, zur Vermehrung der Verkehrsmittel angelegt, ihre sehr lohnende Stelle finden. Wir stehen heute erst am Anfang des Anfanges und was wir heute nur andeuten, wird sich schon in den nächsten Monaten deutlicher als allgemeines Bedürfniß heransstellen.

— **Eingesandt**. Dem Eskamoteur Herr Machotka welcher in einigen Tagen im hiesigen Stadttheater im Verein mit dem hier anwesenden Mechaniker Gierke einige Vorstellungen geben wird, geht ein sehr vortheilhafter Ruf voran. Mehrere Tageblätter berichten: Die Leistungen des Herrn M. grenzen wahrhaft an das Unglaubliche; so z. B. nimmt der Künstler ein von seinen bezauberten Hühnern gelegies Ei, berührt dasselbe mit dem Zauberstabe und plötzlich — o Wunder! — entschlüpft der Eierschale ein blond gelockter Jüngling. Herr M. darf mit Recht Künstler genannt werden und wir übertreiben es keineswegs, wenn wir behaupten, daß seine Leistungen denen der berühmtesten Zauberer der Gegenwart nicht nachstehen. Sein gewandtes sicheres Auftreten giebt den so mannigfaltig überraschenden Abwechselungen einen eigenlichen Reiz und während die Zuschauer mit Spannung allen seinen Bewegungen folgen, weiß er durch sein bescheidenes anziehendes Wesen den Aufenthalt in seinem Zaubertempel doppelt angenehm zu machen, so daß mann schließlich mit Recht sagen kann, man hat einen amüsanten Abend verlebt.

— **Zum Postverkehr**. In Folge der Eröffnung der Weichselbrücke werden nach offizieller Bekanntmachung des Königl. Postamts vom 30. d. Mts. die Weichsel-Posten von heute ab, wie folgt abgefertigt: 1) I. Transport nach Thorn Bahnhof zum I. Zuge nach Bromberg 5 Uhr 30 M. früh; 2) II. Fuß-Transport nach Thorn Bahnhof zum I. Zuge nach Warschau 7 U. 30 M. früh; 3) III. Fuß-Transport nach Thorn Bahnhof zum II. Zuge nach Warschau 12 U. 25 M. Mittags; 4) IV. Transport nach Thorn Bahnhof zum II. Zuge nach Bromberg 4 U. 25 M. Nachmittags; 5) V. Transport nach Thorn Bahnhof zum III. Zuge nach Bromberg 8 U. 30 M. Abends; 6) Personenpost nach Gnesen 8 U. 20 M. Abends; 7) Personenpost nach Trzemeszno 10 U. 30 M. Vormittags.

Handels = Nachrichten.

Amsterdam, d. 27. Novbr. Weizen unverändert. Roggen stille, etwas niedriger.

London, d. 27. Novbr. Englischer Weizen preishaltend, fremder theurer als am vergangenen Montag.

Stettin. (Ostf.-Ztg.) Auf die Vorstellung der Vorsteher der Kaufmannschaft vom 17. Nvbr. hat das Königl. Handelsministerium erwidert, daß die erforderlichen Einrichtungen bereits getroffen sind, um nach dem Vorbilde der in England bestehenden Einrichtung, Nachrichten über die Witterungs-Verhältnisse, insbesondere über die Barometerstände aus verschiedenen, besonders dazu geeigneten Punkten Europa's, täglich auf telegraphischem Wege in Berlin zu sammeln und die auf Grund der bisherigen Untersuchungen sich daraus ergebende Wahrscheinlichkeit bevorstehender Stürme, auf demselben Wege den verschiedenen Hafenorten der Ostseeküste mitzutheilen. In Verbindung hiermit ist die Einrichtung eines Systems von Warnungssignalen in's Auge gefaßt, welches die der Küste nahenden Seefahrer auf die bevorstehende Gefahr aufmerksam zu macheu bestimmt ist.

Danzig, d. 28. Nvbr. Auch heute blieb alter Weizen und feiner frischer in guter Frage zu festen Preisen. Mittel und abfallende Güter sind aber vernachläßigt und gedrückt, auch fl. 5 à fl. 10 per Last billiger seit 8 Tagen anzunehmen. Roggen matt. Weiße Erbsen fl. 252. Spritus 13 Thaler.

Thorn, .30 November Die Preise für auswärtige Lieferungen sind niedriger als in den letzten Tagen und fortwährenden Schwankungen unterworfen. Die Zufuhren im Allgemeinen sind schwach, stärker die aus Polen, von woher Lieferungen erfolgten. Abschlüsse auf Winterlieferungen sind erfolgt und ist die Frage für Weizen etwas lebhafter, daher zeugt sich hierorts mehr Kauflust. Roggen niedriger notirt. Gerste garnicht verkäuflich augenblicklich wurde nach Qualität und Gewicht bezahlt.

Weizen: Wispel 38—54 thlr.
Roggen: Wispel 26—30 thlr.
Erbsen: Wispel 30—34 thlr.
Gerste: Wispel 24—28 thlr.
Hafer: Wispel 17—19 thlr.
Buchweizen: Scheffel 24 sgr. bis 27 sgr. 6 pf.
Kartoffeln: Scheffel 14—15 sgr.
Butter: Pfund 9—10 sgr.
Eier: Mandel 6 sgr. bis 7 sgr.
Stroh: Schock 6—7 thlr.
Heu: Centner 1 thlr. bis 1 thlr. 5 sgr.

Amtliche Tages=Notizen.

Den 28. November. Temp. Kälte 1 Grad Luftdruck 28 Zoll 10 Strich. Wasserstand 4 Zoll unter 0.
Den 29. November. Temp. Kälte 3 Grad. Luftdruck 28 Zoll 10 Strich. Wasserstand 4 Zoll. unter 0.
Den 30. November. Temp. Kälte 1 Grad. Luftdruck 28 Zoll 10 Strich. Wasserstand 5 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Unsere offiziellen Uhren können jeden Menschen, der genöthigt ist, bestimmte Stunden zu beachten, in eine gewisse Verzweiflung versetzen. „Wie soll man zur Zeit da sein, wenn die öffentlichen Zeitbestimmer, die Uhren uneins unter einander sind?“ Diese Frage wird oft gehört und ist sehr natürlich. Wir haben hier folgende offizielle Uhren: die Rathhausthurm-Uhr, — die Normal-Uhr, — die Post-Uhr, — die Gymnasial-Uhr, — die Bahnhof-Uhr; keine harmonirt mit der andern. Sie sind unter einander in Opposition und so zerfahren, wie gewisse gesellschaftliche Verhältnisse hiesigen Ortes. Wo findet sich der richtige Meister, der Alles zusammenleimt? — Lehrer, Lehrerinnen, Schüler (den Bedauernswerthen kommt kein akademisches Viertel mehr zu gut) Rechtsanwalte, Klienten, Stadtverordnete, Bahnreisende — alle sind unsicher und in täglicher Aufregung, selbst Nachtwächter und der gute Hornist nicht ausgeschlossen, der mit seinem Horn den Zapfenstrich und die Reveille anmeldet. Es sind hier so viele höchst wohlthätige Vereine, nächstens wird deren Zahl noch durch einen Consum-Verein vermehrt werden. Raffen wir uns auf! Seien wir einige Männer und gründen einen „richtig gehenden Uhren-Verein“. Nur dann kann Ruhe in die Gemüther einkehren.

x. y. z.

Inserate.

Bekanntmachung.

Durch die zufolge höherer Anordnung zum Besten der evangelischen Gemeinde in Paris, in hiesiger Stadt abgehaltene Haus-Collecte sind eingekommen:

A. in der Altstadt:

	thlr.	sgr.	Pf.
aus dem I. Bezirk	10	—	—
„ II. „	5	15	—
„ III. „	3	29	—
„ IV. „	6	12	6
„ V. „	4	14	6
	30	11	—

B. in der Neustadt:

	thlr.	sgr.	pf.
aus dem VI. Bezirk	6	20	—
„ VII. „	1	6	6
„ VIII. „	2	10	—
	10	6	6

C. in den Vorstädten, Fischer- und Bromberger-

Vorstatt	2	5	—
alte u. neue Culm.-Vorst.	1	15	—
alte u. neue Jak.-Vorst.	—	10	6
	4	—	6
überhaupt	44 thlr.	18 sgr.	— pf.

welches Resultat wir hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen.

Thorn, den 14. November 1863.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die städtische Sparkasse verleiht nach wie vor Capitalien gegen 6 pCt. Zinsen.

Thorn, den 18. November 1863.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Kanzlei- und Exekutions-Inspectors, mit welcher ein Gehalt von Vierhundert Thalern verbunden ist, soll

zum 1. Januar f.

wieder besetzt werden.

Qualificirte Versorgungsberechtigte haben sich bei uns unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bis zum 10. künft. Monats zu melden.

Thorn, den 20. November 1863.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Freitag, den 4. Dezember c. Nachmittage 2 Uhr

werden hier 40 Klafter Kiefern Klobenholz gegen gleich baare Bezahlung öffentlich meistbietend verkauft werden.

Podgurz, den 29. November 1863.

Der Magistrat.

Als **Festgabe** empfehle ich das von mir bereitete Eau de Cologne, 1 Fl. 6, 2 Fl. 11, 3 und mehr à 5 Sgr. Kistchen gratis. Möge der niedrige Preis, der Qualität wegen, nicht mißtrauisch machen. Die Bereitung geschiehet mit gewohnter Sorgfalt, und werden die Zusammenstellungen mit besten franz. rc. Oelen nach neuen — hier beliebten — Vorschriften ausgeführt.

Nächstdem hierfür eine Offerte für den größeren Consum-Vortheil. Wenn nämlich leer gewordene E. d. C. Flaschen auf noch billigere Weise, wie oben angegeben, wieder gefüllt werden sollen, so biete ich dafür den Verkauf nach dem Quartpreise à 1 Thlr. an, wenn mindestens 1/4 Qrt. entnommen wird. 1/8 Qrt. 4 Sgr. Darnach kostet die Fl. nur etwa 3 Sgr. 2 Pf. Wird indeß die Selbstbereitung der E. d. C. vorgezogen, so empfehle ich dafür ebenfalls den bereiteten Spiritus und beste äther. Oele für möglichst billige Preise.

Louis Horstig.

Thiemer's Theatrum mundi.

Heute Dienstag den 1. Dezbr.: „Ein Seesturm". Vorher: „Stadt und Festung hohen Salzburg". Zum Schluß: „Neues Kunstballett" und „Farbenspiele". Es finden nur noch 3 Vorstellungen statt und ladet zu diesen ergebenst ein

Giercke, Mechaniker.

Heute Abends 8 Uhr in der Aula

Generalversammlung des Singvereins.

Wahl des Vorstandes. Beschluß über Statutenänderung und das nächste Concert.

Zur gemeinsamen Besprechung der

Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit

laden wir die Bewohner der Stadt und des Kreises Thorn

auf Donnerstag den 3. Dezember

Abends 8 Uhr

in den großen Saal des Rathhauses hierdurch ergebenst ein.

Thorn, den 1. Dezember 1863.

Körner Oberb. Meist. Kroll. Gall. E. Lambeck. Lesse. B. Meyer. N. Neumann. Dr. Passow. Dr. A. Prowe. G. Prowe. Robert Schwartz.

3 × 6 = G. F.



Bei Eröffnung der Passage über die Weichselbrücke haben wir nach Genehmigung der hiesigen Stadtbehörde einen Omnibus in Betrieb gesetzt, welcher täglich zur Ankunft und zum Abgang der Bahnzüge, Personen nach und von dem Bahnhofe befördern wird.

Die Abfahrt geschieht vom Altstädtischen Marktplatze zwischen den „Drei Kronen" und der Post aus und wird diese in folgenden Zeiten bewerkstelligt werden.

früh	5 U. 15 M.,	zu dem um 6 Uhr 3 Min. abgehenden gemischten Zuge;
früh	7 „ 20	„ zum Courirzuge;
Mittags	12 „ 15	„ zum Eilzuge;
Nachm.	4 „ 10	„ zum Eilzuge;
Abends	8 „ 10	„ zum Courirzuge;
Nachts	10 „ 10	„ zum Güterzuge.

Der Fahrpreis ist:

pro Person 2 Sgr. bei Tage;
„ 4 „ bei Nacht;

pro Stück Gepäck, soweit es der Raum gestattet 1 Sgr. Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte.

Gebrüder Lipmann.

Heute Abend 6 Uhr **Grützwurst.**

Wistrach, Fleischerm.

Wegen Aufgabe meines Leinwand-Handels findet bei mir

ein Ausverkauf

verschiedener **schlesischer Leinwaaren, Tischzeug, Decken, Handtücher, Taschentücher** rc. zu bedeutend herabgesetzten Preisen statt.

Gustav Droese,
im Gasthause zur „blauen Schürze."

Gute Schottische Matjes- und Holländische Heringe empfehle ich

Adolph Raatz.

Vollständig trockenes

Klobenholz,

à 4 thlr. 25 sgr. pro Klafter, (bei vorhergegangener Bestellung frei vor die Thür), verkauft

Jacob Goldschmidt,
Breitestraße 83.

Sahnen Kaese à 3 Sgr. pro Stück.

Schweizer und Kräuterkäse hat wieder empfangen

C. A. Guksch.

Täglich fein Königsberger

Randmarzipan u. Speisekonfekt

in der **Conditorei** von **C. R. Malskat,**
Neustadt.

1 Paar neue Beinkleider hat Jemand bei mir liegen lassen. Der Inhaber kann diese gegen Erstattung der Insertionsgebühren in Empfang nehmen.

C. A. Guksch.

Neustädter Markt No. 143. ist die Bell-Etage nebst Zubehör auch Pferdestall zum vermiethen und vom 1. April zu beziehen.

Pankow.

Reine Eau de Cologne Flaschen à 8 Pf. kauft

L. Horstig.

Allerneueste

Grosse Geldverloosung von 2 Millionen 700,000 Mark,

in welcher nur Gewinne gezogen werden, garantirt und beaufsichtigt von der Staats-Regierung.

Ein	Original-Loos	kostet	4 Thlr.
„ halbes	do.	do.	„ 2 „
Zwei viertel	do.	do. kosten	2 „
Vier achtel	do.	do. do.	2 „

Unter 18,200 Gewinnen befinden sich Haupttreffer von Mark 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 2 mal 25,000, 2 mal 20,000 2 mal 15,000, 2 mal 12,500, 2 mal 10,000, 1 mal 7500, 5 mal 5000, 7 mal 3750, 85 mal 2500, 5 mal 1250, 105 mal 1000, 5 mal 750, 155 mal 500, 270 mal 250 etc. etc.

Beginn der Ziehung am

11. Dezember.

Unter meiner in weitester Ferne bekannten und allgemein bewährten Geschäfts-Devise:

„Gottes Segen bei Cohn!"

sind fortwährend die grössten Hauptgewinne und bereits 18 Mal das grösste Loos bei mir gewonnen werden.

☞ Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken, sowie gegen Postvorschuss führe ich prompt und verschwiegen aus und sende amtliche Ziehungslisten und Gewinngelder sofort nach Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,
Banquier in Hamburg.

Große Aepfelniederlage!

Borsdorfer, drei Sorten Stettiner, graue Renetten und verschiedene andere Sorten, dann die besten böhmischen und tyroler Pflaumen, so wie anderes Backobst zu den billigsten Preisen ist zu haben bei

J. Drózdzewski, Bromberg
Thorner Straße Nr. 204, vis-à-vis Hôtel de Rom.

Königl. Preuß. Lotterie-

Loos-Antheile zur 1. Kl. 129. Lotterie 1/120; 1/60; 1/30; 1/15; 1/10; 1/8; 1/5 u. s. w. versendet am billigsten

A. Cartellieri in Stettin.

Leipzig.

Produkten Commissions-Geschäft

von

I. W. Lustig

empfiehlt sich der resp. Geschäftswelt. Gewährt bei Consignationen Vorschüße. **Correspondenz franko.**

Petroleum Lampen

sind wieder in den neuesten Façons eingetroffen. Ich verkaufe dieselben unter Garantie zu den billigsten Preisen.

Auch empfehle ich mich jede Art Lampen zum Gebrauch von Petroleum einzurichten.

Carl Kleemann, Altst. Markt 301.
im Sichtau'schen Hause, 1 Treppe hoch.

Für Cigarrenraucher!

Aechte alte **Havanna Cigarren** verkaufe is bis zu bevorstehendem Feste zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Carl Schmidt.
Brückenstraße 12.

Fremdes Brod zu haben bei
Sinarski, Heilige Geiststr. Nr. 200.

☞ **Raffinirtes Oel** das Pfund 5 Sgr. verkauft **Adolph Leetz,**

(Beilage.)

Beilage zum Thorner Wochenblatt.

Nr. 142 Dienstag, den 1. Dezember. **1863.**

Der Landrath Groschke und der Schulze Kuschel zu Olbersdorf im Kreise Münsterburg.

Im Abgeordnetenhause las am 23. Novbr. Abgeordnete Berndt nachstehendes Schreiben des vorgenannten Schulzen vor, daß allgemein bekannt zu werden verdienet. Das an den Abgeordneten gerichtete Schreiben lautet also:

Geehrter Herr! Als ich ins Landrath-Amt kam und der Termin begann, sagte der Landrath, ich hätte gegen den geleisteten Diensteid nicht nur dadurch verstoßen, daß ich die Treue gegen Se. Majestät verletzt habe, weil ich solchen Abgeordneten meine Stimme gegeben, von denen der König klar und deutlich den Wunsch aussprach, daß es ihm nicht möglich sei, mit solchen Abgeordneten zu regieren. Sie haben aber weiter gefehlt, daß Sie bei den Urwählen nicht darauf hingewirkt haben, daß solche Wahlmänner gewählt worden wären, von welchen Sie die Versicherung gehabt hätten, daß diese nur solche Abgeordnete gewählt hätten, die die Treue gegen den König bewahrt hätten; Sie haben weiter gefehlt, daß Sie, nachdem Sie das Wahllokal verlassen, zu dem Kreisboten Nowack geäßert haben: Gottes, wir haben Sie doch durchgebracht! und denselben mit Hohn angelacht; ja Sie haben noch weiter gefehlt, indem Sie den Gensdarmen Weniger auf dem Markte angelacht und zehn Schritte davon weg zwei Männern auf die Achseln geklopft. Da wir nun, Gott sei Dank, dahin gekommen sind, diesen verfluchten Unfug nicht länger zu dulden, sondern gegen alle Beamte, welche in dieser Art gegen die Treue gegen Se. Majestät gefehlt haben, vorzugehen, so sind Sie nun der erste, gegen den ich die Disziplinar-Untersuchung einleite, wozu auch der Regierungs-Präsident seine Einwilligung gegeben hat, und nun erklären Sie sich.

Ich erklärte wörtlich wie folgt: Ich habe den beiden Herren Berndt und Winckelmann deshalb meine Stimme gegeben, weil ich weder in der Eigenschaft als Staatsbürger noch als Schulze eine andere Pflicht oder Gesetze kenne, als frei nach meinem besten Wissen und Gewissen zum Wohle des Staates zu wählen.

Der Landrath diktirte dem mitanwesenden Kreissekretär Menzel, wobei ich hörte, daß der Landrath nicht dieselben Worte gebrauchte, wie ich geäußert hatte; und als ich meine Vermuthung wahr fand, bestand ich auf Aenderung.

Darauf erklärte mir der Landrath und sagte: Ich werde es bleiben lassen, Ihnen die Worte so niederschreiben zu lassen, wie sie Ihnen sind von einem Zweiten zum Auswendiglernen vorgesagt worden. Dann frug er mich, wie und für wen ich bei der Urwahl gestimmt habe; worauf ich ihm erklärte, daß ich dort als Wählen und nicht als Schulze meine Stimme abgegeben habe, und da eine freie Wahl existirt, so habe er gar kein Recht, mich darüber zu fragen. Damit nicht zufrieden, bestand er darauf, daß es ihm sagte, wen ich gewählt habe und wie dieser gestimmt habe. Dann frug er mich, ob ich den Erlaß des Regierungspräsidenten verstanden hätte; ich antwortete: Gelesen habe ich denselben, weiß ich nicht, ob ich aber den höheren Sinn verstanden habe, weiß ich nicht. Er frug weiter; Erkennen Sie als Schulze eine unbedingt bindende Pflicht an oder nicht; antwortete ich: Als Schulze — ja, als Wahlmann — nein; wie er nun wieder diktirte, sagte er: Ich erkenne weder als Schulze noch als Wahlmann u. s. w. (Hört! Hört!) Ich ließ es nicht schreiben, führte Gründe an, daß ich als Schulze eine Pflicht anerkenne und bestand darauf, daß dies geschrieben würde, ob im Sinne der Regierung oder wieder so wie jetzt.

Darauf sagte ich: Sobald es Gesetz sein wird, daß ich so wählen muß, werde ich mich nach wie vor dem Gesetze fügen, sonst werde ich nur zum Wohl des Staats wählen. Statt des letzten Satzes diktirte er: „Werde ich wählen, wie mir es einfällt." Da ich dies wieder nicht nachgab, sagte er: „Werde ich nach meiner Ueberzeugung wählen," und da ich darauf bestand, daß man es wörtlich und nicht anders niederschreiben sollte, kam er auf mich zugesprungen, schrie: „Verflucht! Sie sollen stille sein!" stieß mich mit beiden geballten Fausten auf die Brust, daß ich nach rückwärts taumelte. (Hört, hört!) Als ich mich vom Schreck erholt hatte, sagte ich: „Unter diesen Umständen bleibe ich nicht länger hier, da ich gewärtigen müßte, noch Prügel zu bekommen," und ging nach der Thür. Als dies der Landrath wahrnahm, sprang er mir zuvor, stemmte den einen Fuß, die Schuhspitze nach oben, an die Thür, griff mit beiden Händen ans Schloß, lehnte sich selbst an die Thür und schob den Nachtriegel ins Schloß, ich zog denselben zurück, er schloß wieder zu, welches Manöver sich drei Mal wiederholte. In der Hitze sprang er ins Nebenbüreau, schrie in dasselbe: „Holen Sie einen Gensdarm!" und zu mir gewandt, sagte er: „Ich lasse Sie sofort einsperren!" Der Kreis-Sekretär, welcher diesen Vorfall sah, kam näher getreten, und sagte: „Aber Herr Landrath, mäßigen sie sich!" Dieser diktirte mir aber für mein Unanständiges Verhalten, wie er es nannte, eine Ordnungs-Strafe von 3 Thalern zu, welche in drei Tagen an die königliche Kreissteuerkasse zahlen sollte; bis heute habe ich noch nichts bezahlt. Inzwischen war der Gensd'arm gekommen, welcher an der Thür stehen bleiben mußte. Ich hatte meine Militär-Dienstauszeichnung im Knopfloch und sagte: „Stoßen lasse ich mich nicht, diesen Orden habe ich mir 48 in zwei Treffen verdient!" Als er mir das Protokoll hatte vorlesen lassen, frug er mich, ob ich unterschreiben wollte, worauf ich antwortete: „Nein," und zwar aus dem Grunde, weil ich nicht dienstlich behandelt worden bin. Darauf wurde ich entlassen, nachdem der Termin am 11. November von 11 Uhr bis Nachmittags 1/2 Uhr gedauert hatte. Ich war von dem ununterbrochenen Stehen und von dem Schreck so ermattet, daß ich beinahe kaum gehen konnte.

Diese meine Aussage bin ich jederzeit bereit, eidlich vor Gericht auszusagen.

Olbersdorf, den 19. November 1863.

Robert Kuschel, Erb- und Gerichtsschulz.

Provinzielles.

Aus dem Mohrunger Kreise, den 20. November. Am 18. d. M. ist der Kreistaxator Jaenicke zu Saalfeld von dem Königsberger Regierungs-Collegium zu 15 Thlr. Geldbuße verurtheild worden, weil derselbe in seiner Eigenschaft als Beigeordneter und Stellvertreter des Bürgermeisters von Saalfeld gelegentlich der dort am 12. Juli d. J. stattgehabten vielfach besprochenen Wählerversammlung sich dem Landrath v. Spieß gegenüber subordinationswidrig betragen habe. Herr Jaenicke hatte, als der Vorsitzende dieser Versammlung den Landrath zur Ueberwachung der Versammlung für unberechtigt erklärte, eine Anrede des Landraths an dieselbe abschnitt, viele Stimmen auch demselben „Stillschweigen" zuriefen, und letzterer hierauf das Local verließ, auf Befragen erklärt, er werde als Vertreter der Ortspolizeibehörde der Versammlung beiwohnen. Die in der Disciplinaruntersuchung erhobene Anklage machte ihm sein Bleiben in der Versammlung, diese Erklärung und verschiedene Nebenumstände zum Vorwurfe und beantragte gegen den Angeschuldigten Verlust der Aemter als Kreistaxator und Beigeordneter. Das Regierungskollegium erkannte jedoch nur auf die erwähnte Geldstrafe. — In Saalfeld hat sich ein Vorschußverein nach Schulze-Delitzsch'schen Prinzipien constituirt, der Anfangs Dezember seine Thätigkeit beginnen wird.

Königsberg. Die reaktionaire „Ostpr. Ztg." „bedauert sehr" die Aufhebung der Preßordonnanz und ist gar nicht damit einverstanden. Sie „befürchtet" daß man diesen Schritt der Regierung „nicht als einen Akt der Versöhnung, sondern der Schwäche und Unsicherheit" betrachten werde. (Daß es in Preußen eine Verfassung giebt, scheint der Leitartikler der „Ostpr. Ztg." im Augenblick vergessen zu haben.) — Gegen die drei Stadträthe v. Facins, Dr. Hirsch und Kaufmann H. Weller ist wegen „Theilnahme an der regierungsfeindlichen Agitation des Wahlcomitees der deutschen Fortschrittspartei für den Wahlkreis Königsberg-Fischhausen" das Disciplinarverfahren eingeleitet worden. — Das Rescript des hiesigen Regierungs-Präsidiums, durch welches dem Regierungs-Supernumerarius von Knobelsdorff, der bei den letzten Wahlen seine Stimme den Candidaten der Fortschrittspartei gab, der Dienst zum 1. Januar a. f. gekündigt wurde, begründet diese Maßregel durch „nicht genügende dienstliche Leistung und sonstige Haltung." Wie wir hören, hat der Minister auf die von Herrn v. K. gegen das Rescript eingelegte Remedur zunächst, wie der Letztere es wünschte, die Vernehmung der Vorgesetzten über die dienstlichen Leistungen des Herrn v. K. angeordnet. — (K. H. Z.) Wie wir so eben vernehmen, soll der Landrath des Braunsberger Kreises, Hr. v. Auerswald, zum Polizeipräsidenten von Königsberg ernannt sein. — Die Hartungsche Zeitung sagt sehr richtig: Allen Kleinmüthigen zum Troß, die immer jammerten: „Es hilft doch Alles nichts", ist die Preßverordnung doch aufgehoben. Wenn die ganze Wahlarbeit, die wir gehabt haben, keinen andern Lohn gefunden hätte als diese Beseitigung der unterdückenden Maßregeln, so wäre sie hinreichend belohnt. Glücklicherweise aber liegen die Dinge besser. Es ist ein großer Moment für Preußen und für Deutschland, daß die preußische Presse wieder freigegeben, in welchem der größern Hälfte des deutschen Volkes die freie Sprache zurückgegeben ist. Darum aber auch unverdrossen an die Arbeit, als ob nie Unterbrechung stattgefunden hätte! Und wenn noch einmal wieder der alte unglückselige Unkenruf aufkommen sollte: „Es hilft doch Alles nichts", dieser schlimmste Fehler unserer Nation, dann wollen wir auf die Preßverordnung zeigen, und rufen: „Sie ist doch abgeschafft!" — Bei der verantwortlichen gerichtlichen Vernehmung der Buchdruckereibesitzer Herren Gruber und Longrien über die nachträglich incriminirte viel verbreitete Druckschrift „Zu den Wahlen" ist der Literat Hrrr Aug. Stobbe als Autor derselben namhaft gemacht worden.

Meve, 25. Novbr. Die schon so oft gerügte Unachtsamkeit beim Schließen der Stubenöfen vor gehörigen Ausbrennen der Brennstoffe hat hierorts wiederum zwei Kindern von resp. 3 und 5 Jahren die allein in einem Zimmer schliefen, das Leben gekostet.

Conitz, 22 Novbr. Am 16. d. Mts hat sich hier unter Vorsitz des Prediger Uhl ein Verschönerungs-Verein constituirt, der bereits 70 Mitglieder zählt. Jedes Mitglied zahlt einen järlichen Beitrag von mindestens 15 Sgr. Der Verein hat sich die Verschönerung der öffentlichen Plätze hiesiger Stadt und Umgegend zur Aufgabe gestellt.

Danzig, 26. November. Der soeben erschienenen Jahresbericht unserer Communal-Verwaltung für 1862 liefert abermals einen Belag dafür, daß die Finanzlage unserer Stadt troz der noch nicht ganz abgetragenen enormen Schuld aus der Franzosenzeit und trotz mansehr bedeutenden Ausgaben für neue Einrichtungen eine recht günstige ist. Das Jahr 1862 hat der Kämmereikasse allein an Communalsteuer eine Summe von 73,154 Thlrn. zugeführt, was pro Kopf der Bevölkerung etwa 1 Thlr. beträgt, (verhältnißmäßig weniger wie in Graudenz gezahlt wird). An Schlacht- und Mahlsteuer wurden vereinnahmt 90,091 Thlr. Die der Stadt gehörigen umfangereichen Güter brachte einen Nettoertrag von 127,833 Thlr. Die Gesammteinnahme überhaupt belief sich auf 560,998 Thlr. Die Ausgaben betrugen freilich nicht weniger. U. a. kostete die Polizeiverwaltung, für welche die Commune die sachlichen Ausgaben zu bestreiten hat, 7353 Thlr., die Feuerwehr und Schutzmannschaft 39,639 Thlr., der Magistrat mit Bureaukosten 46,828 Thlr. — Den 28. Bei der heutigen Nachwahl für v. Forkenbeck ist der Kandidat der Fortschrittspartei Gutsbesitzer Plehn-Morroczyn mit 336 gegen 111 Stimmen gewählt worden.

Dt Eylau. Das Planum der Chaussee von Rodzonne nach hier ist beendet. Der Handel liegt augenblicklich ganz darnieder, da die Getreide-Speculation ruht. Die Zufuhr ist demnach auch schwach. — Der hiesige Turnerbund zählt schon 45 Mitglieder.

Brückenstraße Nr. 10.

Mein

Gold- und Silber-Waaren-Lager

ist wieder mit den neuesten geschmackvollsten Gegenständen, die zu Geschenken sich besonders eignen, aufs reichhaltigste assortirt, und empfehle dasselbe zum bevorstehenden

Weihnachtsfeste

der geneigten Beachtung ergebenst

M. Lœwenson,

Goldarbeiter und Graveur.

Alle in mein Fach schlagende Bestellungen sowie **Petschafte** werden prompt und billigst ausgeführt.

Brückenstraße Nr. 10.

Brückenstraße Nr. 10. — Brückenstraße Nr. 10.

Großer Ausverkauf!

Vom heutigen Tage ab verkaufe ich meine sämmtlichen

Kleiderstoffe

(bestehend in, 4/4 6/4 wollenen und halbwollenen Kleiderstoffen, Batist-Organdis und Barege)

Seidenwaaaren

(bestehend in glatten und facionirten schwarzen Taffeten, Westen nnd Tuchen.)

Tücher und Hosenzeuge

aus, und gebe daher dieselben zu sehr billigen Preisen ab, da sämmtliche obige Artikel bis 1. Januar 1864 geräumt haben will.

Namentlich dürfte obiger Ausverkauf zum bevorstehenden Feste empfehlenswerth sein, da sich sich hierdurch die Gelegenheit bietet, gute Geschenke recht billig einzukaufen. Gleichzeitig erlaube ich mir noch, ein geehrtes Publikum auf mein wohlassortirtes

Leinen- Zwillich- sowie Mäntel- u. Jacken-Lager

aufmerksam zu machen.

A. Böhm,
Markt Nr. 437.

Central-Verlag in Dessau:

Viel zum Lachen für wenig Geld, 155, 151 und 152 Anekdoten für nur je 3 Sgr.!

Neu erschien:

Anekdoten-Regen, oder Spaß über Spaß. Für ausgelassene Leute. Erster Guß: 155 Anekdoten; Zweiter Guß: 151 und Dritter Guß: 152 Anekdoten. Jeder Guß mit illustrirtem Umschlag in Farbendruck und geheftet. Preis à 3 Sgr.

Vorräthig bei *Ernst Lambeck:*

Beste stets frische Preßhefe; *prima* Weizenstärke; feinste Weizenstrahlenstärke

empfiehlt zu Fabrikpreisen.

die Giesmannsdorfer Fabrik-Niederlage

Carl Friedenthal in Posen.

General-Depôt
in- & ausländ. Biere
zu Frankfurt a. d. O.

Die Preise während der Winter Saison sind für: **Erlanger Bier** a. d. F. Erich'schen Brauerei: ab Erlangen à Eim. 7 fl., ab hier à Eim. 7 Thlr., in 1/1, 1/2, 1/4, 1/8 T. preuß. à 14 Thlr. — **Comthurei-Ale** à T. 15 Thlr. **Waldschlösschen** hell, ab Dresden à Eim. 4 Thlr., ab hier $5^1/_3$ Thlr., dunkel 1/2 Thlr pr. Eim. höher. — **Berl. Actienbier** à T. 7⅚—8 Thlr. — **Frankfurter Versandtbier** à T. 6⅔—7 Thlr. — **Englisch Porter, Nürnberger, Kitzinger, Culmbacher** 2c. unverändert. —

☞ Die Verladung sämmtlicher Biere wird auf Gebinden und in Flaschen auch bei Probe-Sendungen prompt bewirkt. ☜

Das Versandt-Comtoir
Heinrich Hildebrand.

In der Gerechten-Straße Nr. 119 ist eine möblirte Stube nebst Kammer nach vorn heraus sogleich zu vermiethen.

In Thorn

soll eine **Haupt-Agentur** einer seit circa **100 Jahren** bestehenden **renommirten** Feuer-Versicherungs-Gesellschaft sofort besetzt werden. — Franco Meldungen erbitten

Gebrüder Friedländer
in Bromberg.

Rettigbonbons

gegen Husten und Brustleiden
Niederlage von *Drescher & Fischer* in Mainz bei **J. L. Dekkert**.

Neue französische Wallnüsse.

Para-Nüsse. — Lambert-Nüsse.

Zum Weihnachtsfeste
C. T. Lierath
Rheinische Wallnüsse.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Thorn bei Ernst Lambeck:

Sichere

Hilfe für Männer,

welche durch zu frühen oder zu häufigen Genuß, oder auch auf unnatürliche Weise, oder wegen vorgerückten Alters oder durch Krankheiten geschwächt sind. Von einem prakt. Arzte und Großh. Sächs. Medicinalbeamten

Preis 15 Sgr.

Auction.

am Mittwoch den 2. Dezember Vormittags von 9 Uhr ab, Bäckerstraße 266, von Möbel-, Haus-, und Küchen-Geräthen. Daselbst ist auch ein Flügelfortepiano aus freier Hand zu verkaufen.

Petroleum- und Solaroel-Lampen

bei A. Hirschberger

unter Garantie des guten Brennens sind zu jedem beliebigen Zwecke von 15 Sgr. an zu haben. Auch Brennmaterial zu den genannten Lampen, bei Entnahme von über drei Quart à 9 Sgr. und blecherne Flaschen zum Einfüllen desselben stets vorräthig zu beziehen.

Umänderungen jeder andern alten Lampe zu diesem in allen öffentlichen Blättern erwähnten sparsamen Brennstoff, werden rasch, billig und gut ausgeführt bei

A. Hirschberger.

Dem geehrten Publikum und besonders meinen zahlreichen hiesigen Bekannten zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich mein

photographisches Atelier

eröffnet habe. Ich empfehle mich zur Anfertigung von Visitenkarten, Panotyps und positiven Glasbildern; verspreche bei civilen Preisen nur gute Bilder abzuliefern, und bitte um gefällige Bestellungen. Aufnahmen finden täglich statt von 11 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags.

Das Atelier befindet sich Araberstraße Nro. 120, im Hause des Herrn General v. Prittwitz (früher Marcian) 2 Treppen.

Mahlke.



Lilionese, vom Ministerium geprüft und konzessionirt, reinigt die Haut von Leberflecken, Sommersprossen, Pockenflecken, vertreibt den gelben Teint und die Röthe der Nase, sicheres Mittel für Flechten und skrophulöse Unreinheiten der Haut, erfrischt und verjüngt den Teint und macht denselben blendend weiß und zart. Die Wirkung erfolgt binnen 14 Tagen, wofür die Fabrik garantirt, à Fl. 1 thlr.

Barterzeugungs-Pomade à Dose 1 thlr. Binnen 6 Monaten erzeugt dieselbe einen vollen Bart schon bei jungen Leuten von sechszehn Jahren, wofür die Fabrik garantirt. Auch wird dieselbe zum Kopfhaarwuchs angewandt.

Chinesisches Haarfärbemittel, à 25 sgr. bis 1 thlr. 15 sgr., färbt das Haar sofort echt in Blond, Braun und Schwarz, und fallen die Farben vorzüglich schön aus.

Orientalisches Enthaarungsmittel, à Fl. 25 sgr., zur Entfernung zu tief gewachsener Scheitelhaare und der bei Damen vorkommenden Bartspuren binnen 15 Minuten. Auch wird durch Anwendung dieses Mittels der durch Sonnenbrand entstandene gelbe Teint in der obigen Zeit beseitigt, so daß die Haut wieder weiß und zart wird.

In neuerer Zeit werden häufig unsere Artikel von anderen Firmen zum Verkauf veröffentlicht, und machen wir das geehrte Publikum darauf aufmerksam, daß nur wir die Erfinder sind und alles Uebrige nachgeahmt ist. Wir bitten daher genau auf unsere Firma, auf Etiquettes und im Siegel zu achten.

Erfinder Rothe u. Comp. in Berlin.

Die alleinige Niederlage für Thorn und Umgegend bei **D. G. Guksch.**

☞ Meine Wohnung ist jetzt Elisabeth-Straße Nr. 7, 2 Treppen, und empfehle ich mich den Damen zur Schneiderei außer dem Hause.

Anna Schmidt.

☞ In der Grabiaer-Forst im Schlage Bison wird Montag und Donnerstag den Winter hindurch trockenes fichten Klobenholz Nr. 1, — 2 — 3, ebenso Strauchhaufen billig verkauft.

J. Schlesinger.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.